

**Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes
des Helmholtz Zentrum München Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit
und Umwelt (GmbH)
für das Jahr 2020**

(Corporate Governance Bericht)

(basierend auf dem Vorschlag für einen Gemeinsamen Bericht der in der Rechtsform einer GmbH organisierten Mitgliedseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren e.V.)

A. Vorbemerkung

Das Helmholtz Zentrum München Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt (GmbH) [im Folgenden: HMGU] ist ein in der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiertes Großforschungszentrum. Seine Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland (90%) und der Freistaat Bayern (10%). Das HMGU ist Mitglied der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V., der größten Wissenschaftsorganisation Deutschlands. Das HMGU verfolgt als deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt das Ziel, personalisierte Medizin für die Diagnose, Therapie und Prävention weit verbreiteter Volkskrankheiten wie Diabetes mellitus, Lungenerkrankungen und Allergien zu entwickeln. Exzellenz in Wissenschaft, Ausbildung und Infrastruktur sowie zielgerichtete Kooperationen mit den besten Partnern weltweit bilden die Basis für seinen Erfolg in Translation und Technologietransfer. Das HMGU leistet nicht nur einen Beitrag zur Grundlagenforschung, sondern ist bestrebt, Forschung zur Anwendung und Verwertung zu bringen.

Die aktuelle Fassung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) wurde am 16.09.2020 von der Bundesregierung verabschiedet. Für das Geschäftsjahr 2020 wird die rückblickende Entsprechenserklärung zum PCGK Bund noch auf die Fassung aus 2009 abgeben.

Der PCGK enthält wesentliche Bestimmungen zur Leitung und Überwachung von Beteiligungsunternehmen des Bundes sowie international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Aufgrund des Gesellschaftsvertrages vom Dezember 2018 (Eintragung ins Handelsregister am 08.01.2019) besteht für das HMGU und seine Organe, die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat, eine formale, gesellschaftsrechtliche Verpflichtung in einem Public Corporate Governance Bericht zu erklären, ob den Empfehlungen des PCGK entsprochen wurde und wie sich ggf. Abweichungen begründen.

Der hier vorgelegte Bericht für das Jahr 2020 umfasst folgende Aussagen:

- Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat lag zum 31.12.2020 bei 28,58% (2 von 7 Mitgliedern).
- Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erklären, dass den Empfehlungen des Kodex im Wesentlichen entsprochen wurde und wird.
- Von den im Folgenden aufgeführten Empfehlungen des PCGK wird (momentan noch oder begründet dauerhaft) abgewichen.

B. PCGK-Bericht des HMGU

1. Organe

Adressat des PCGK sind die Organe der Forschungszentren, die im PCGK als Anteilseigner und Anteilseignerversammlung (Ziff. 2 PCGK), Geschäftsleitung sowie Überwachungsorgan (Ziff. 3 PCGK) bezeichnet werden. Bei den in der Rechtsform einer GmbH organisierten Forschungszentren entspricht der

Anteilseigner dem Gesellschafter, die Anteilseignerversammlung der Gesellschafterversammlung, die Geschäftsleitung der Geschäftsführung sowie das Überwachungsorgan dem Aufsichtsrat.

2. Anteilseignerversammlung

- a) Der PCGK sieht in Ziff. 2.2 vor, dass die Geschäftsleitung den Jahresabschluss und den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr der Anteilseignerversammlung innerhalb der ersten sechs Monate des laufenden Geschäftsjahrs vorlegen soll, soweit nicht weitergehende gesetzliche oder satzungsmäßige Regelungen bestehen. Die Gesellschafter einer GmbH haben grundsätzlich bis zum Ablauf der ersten acht Monate über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen (§ 42 a Abs. 2 GmbHG).

Wegen umfangreicher u. a. aufgrund des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) bestehender Prüfungsanforderungen der Gesellschafter und Zuwendungsgeber sowie der Notwendigkeit, mit der Feststellung des Jahresabschlusses auch die zuwendungsrechtliche Ordnungsmäßigkeit der Mittelverwendung festzustellen und damit die Grundlage für eine Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates herbeizuführen, erfolgt die Verabschiedung des Jahresabschlusses für das Jahr 2020 erst nach Ablauf der von § 42 a Abs. 2 GmbHG gesetzten Frist.

- b) Der PCGK gibt in seiner Ziff. 2.2 vor, dass die Anteilseignerversammlung über wesentliche unternehmerische Maßnahmen entscheidet.

Hiervon abweichend sieht der Gesellschaftsvertrag des HMGU (Stand 13.12.2018) vor, dass der Aufsichtsrat über die allgemeinen Forschungsziele und die wichtigen forschungspolitischen, strategischen und finanziellen Angelegenheiten der Gesellschaft entscheidet.

Gem. § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages des HMGU werden jeweils drei bzw. zwei Mitglieder von den Gesellschaftern Bund und Land in den Aufsichtsrat entsandt, so dass die Rechte und Interessen der Gesellschafter des HMGU bei Entscheidungen des Aufsichtsrats gewahrt sind. Hinzu kommt, dass bestimmte Maßnahmen vom Aufsichtsrat nicht ohne Zustimmung genau dieser Vertreter beschlossen werden können (s. § 12 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrages des HMGU).

3. Ausreichende Informationsversorgung des Überwachungsorgans

Der PCGK empfiehlt in Ziff. 3.1.3, die Berichtspflichten auch bei Unternehmen, die nicht als Aktiengesellschaft geführt werden, an § 90 Aktiengesetz (AktG) zu orientieren.

Zu Inhalt und Turnus der Berichtspflichten der Geschäftsführer gegenüber dem Aufsichtsrat sieht der Gesellschaftsvertrag des HMGU vor, dass anders als in § 90 AktG für Aktiengesellschaften vorgesehen, nicht mindestens vierteljährlich, sondern je nach Bedarf bei wichtigem Anlass über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft zu berichten ist.

Die von den Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates werden aber nicht nur in den mindestens einmal im Kalenderhalbjahr einzuberufenden Sitzungen des Aufsichtsrats entsprechend informiert, sondern in ihrer Funktion als Vertreter der Zuwendungsgeber Bund und Land fortlaufend von der Geschäftsführung über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft auf dem Laufenden gehalten.

4. Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung

- a) Ziff. 4.3.1 des PCGK sieht vor, dass die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung vom Überwachungsorgan unter Einbeziehung von etwaigen Konzernbezügen in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt wird. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Mitglieds der Geschäftsleitung, dessen persönliche Leistung, die Leistung der Geschäftsleitung sowie die wirtschaftliche Lage, der nachhaltige Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. Die übliche Vergütung soll nicht ohne besondere Gründe überschritten werden; sie ist in den Anstellungsverträgen zweifelsfrei festzulegen (Ziff. 4.3.2 des PCGK).

Grundsätzlich herrscht beim Abschluss der Anstellungsverträge der Mitglieder der Geschäftsführung Vertragsfreiheit; mit Blick auf das haushaltsrechtliche Besserstellungsverbot erfolgt eine Orientierung an den Regelungen der W-Besoldung des Bundes. Die Verträge der Geschäftsführer des HMGU weisen daher eine beamtenrechtsähnliche Struktur auf, die einer regelmäßigen Überprüfung und ggf. Anpassung des Vergütungssystems und wesentlicher Vertragsbestandteile nicht entgegensteht. Alle Angelegenheiten, die die Anstellungsverträge der Mitglieder der Geschäftsführung betreffen (Vergütung, Nebentätigkeiten, Interessenkonflikte) werden gem. § 13 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages des HMGU vom ranghöchsten Bundesvertreter im Aufsichtsrat, also in 2020 durch die Vorsitzende des Aufsichtsrats, verhandelt und entschieden.

- b) Nach Ziff. 4.3.3 PCGK soll das Überwachungsorgan über das Vergütungssystem für die Geschäftsleitung einschließlich der wesentlichen Vertragselemente beraten und soll es regelmäßig überprüfen und erforderlichenfalls anpassen. Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende des Überwachungsorgans soll die Anteilseignerversammlung über die Struktur des Vergütungssystems für die Geschäftsleitung und über Veränderungen des Vergütungssystems informieren.

Der Abschluss und die Änderung der Anstellungsverträge werden gem. § 13 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages des HMGU durch den ranghöchsten Bundesvertreter im Aufsichtsrat, in 2020 also durch die Vorsitzende des Aufsichtsrates durchgeführt. Unterstützt wird die Vorsitzende dabei vom Ende 2012 eingeführten Personalausschuss des Aufsichtsrates. Den rechtlichen Rahmen für die Vertragsverhandlungen bilden Vorgaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, die durch entsprechende Beschlüsse des Aufsichtsrates umzusetzen sind.

- c) Obwohl die Anstellungsverträge der Mitglieder der Geschäftsführung entsprechend Ziff. 4.3.1 / 4.3.2 des PCGK leistungsabhängige Vergütungsbestandteile auf Zielvereinbarungsbasis vorsehen, wurden entsprechende Zielvereinbarungen mit den Geschäftsführern bisher nicht abgeschlossen.

5. Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung

Nach Ziff. 4.4.1 – 4.4.4 PCGK sollen Mitglieder der Geschäftsleitung Nebentätigkeiten, insbesondere Mandate in Überwachungsorganen, nur mit Zustimmung des Überwachungsorgans ausüben. Ziff. 5.1.4 PCGK spricht zudem die Empfehlung

aus, dass dem/der Vorsitzenden des Überwachungsorgans nicht das Recht eingeräumt werden soll, allein an Stelle des Überwachungsorgans zu entscheiden.

Gemäß den Regelungen in den Anstellungsverträgen der Geschäftsführung des HMGU bedürfen die Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung von Nebentätigkeiten, die die Interessen der Gesellschaft berühren können, der vorherigen schriftlichen Zustimmung des/der Vorsitzenden des Aufsichtsrates. In den Anstellungsverträgen wird im Übrigen auf die Bundesnebenberufungsverordnung verwiesen. Im Fragenkatalog nach § 53 HGrG wird zudem regelmäßig von den Wirtschaftsprüfern abgefragt, in welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien die Mitglieder der Geschäftsführung des HMGU tätig sind.

6. Tätigkeit des Überwachungsorgans

Ziff. 5.1.1 PCGK sieht vor, dass das Überwachungsorgan und seine Ausschüsse regelmäßig die Qualität und Effizienz ihrer Tätigkeit überprüfen und die Umsetzung der hierzu von ihnen beschlossenen Maßnahmen überwachen soll.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner 86. Sitzung am 04.07.2013 eine Geschäftsordnung gegeben. Diese dient der Sicherung von Qualität und Effizienz der Tätigkeit des Aufsichtsrates durch Formalisierung und Standardisierung der internen Verfahren. Eine Prüfung der Qualität und der Effizienz seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat bis dato noch nicht vorgenommen.

7. Bestellung der Mitglieder der Geschäftsführung durch das Überwachungsorgan

- a) Ziff. 5.1.2 des PCGK empfiehlt bezüglich der Mitglieder der Geschäftsleitung, dass bei Erstbestellungen die Bestelldauer auf drei Jahre beschränkt sein soll.

Die Bestellung der Mitglieder der Geschäftsführung erfolgt gem. § 13 Abs. 3 S. 2 des Gesellschaftsvertrages des HMGU für höchstens fünf Jahre, wiederholte Bestellung ist auf höchstens fünf Jahre zulässig. Im Falle der Erstbestellung ist für den Fall der Nichtbewährung der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers eine vorzeitige, einmalig nach drei Jahren von der Gesellschaft nutzbare, Kündigungsklausel zu vereinbaren. Für diesen Fall werden weitere Gehaltsansprüche und mögliche Abfindungszahlungen für die restliche (über drei Jahre hinausgehende) Vertragslaufzeit ausdrücklich ausgeschlossen.

- b) Nach Ziff. 5.1.2 PCGK soll für die Mitglieder der Geschäftsleitung eine Altersgrenze für deren Ausscheiden aus der Geschäftsleitung festgelegt werden.

Eine feste Altersgrenze für das Ausscheiden aus der Geschäftsführung ist im Gesellschaftsvertrag nicht vorgesehen. Dies wäre, wie der BGH in einem Urteil vom 23. April 2012 - II ZR 163/10 betont hat, auch nicht mit dem Gesetz vereinbar. Danach liegt eine Diskriminierung eines Geschäftsführers gem. § 7 Abs. 1 AGG vor, wenn diesem der Zugang zum Amt aufgrund seines Alters verwehrt wird. Aus dem AGG ergeben sich keine Gründe, die eine solche Grenze rechtfertigen.

Die Anstellungsverträge der Geschäftsführung sehen die Beendigung mit Erreichen der Regelaltersgrenze nach § 51 Bundesbeamtengesetz vor (mit Ablauf des Monats, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird).

- c) Nach Ziff. 5.1.2 PCGK soll das Überwachungsorgan gemeinsam mit der Geschäftsleitung für eine langfristige Nachfolgeplanung sorgen.

Eine solche Nachfolgeplanung ist für eine Bund-Land-finanzierte Forschungseinrichtung wesensfremd. Zudem muss bei anstehenden Neubesetzungen ohnehin eine externe Stellenausschreibung erfolgen. Die Vorfestlegung auf bestimmte Kandidaten/ Kandidatinnen wäre insoweit rechtlich problematisch.

8. Übertragung von Entscheidungskompetenzen des Überwachungsorgans auf Ausschüsse

Der PCGK empfiehlt unter 5.1.8, von der Möglichkeit, einzelnen Ausschüssen des Überwachungsorgans Entscheidungskompetenzen zu übertragen, nicht Gebrauch zu machen. Vielmehr sollen Beschlüsse dem Plenum vorbehalten bleiben.

Der Gesellschaftsvertrag des HMGU sieht in § 10 Abs. 2 S. 1 die Möglichkeit vor, Ausschüsse zu bestellen und ihnen bestimmte Aufgaben widerruflich zu übertragen. Die Ausschüsse können dem Aufsichtsrat jedoch lediglich Empfehlungen zur Beschlussfassung vorlegen, vgl. § 10 Abs. 2 S. 3. Das HMGU einen Finanzausschuss bestellt. Ein Personalausschuss wird im Bedarfsfalle gebildet.

9. Zusammensetzung des Überwachungsorgans

Nach Ziff. 5.2.1 PCGK soll Mitglied eines Überwachungsorgans nicht sein, wer in einer geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu dem Unternehmen oder dessen Geschäftsleitung steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründet. Mitglieder eines Überwachungsorgans sollen keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben.

Wie viele und welche Mandate konkret von den Vertretern der Bundes- und Landesseite wahrgenommen werden sollen, liegt im alleinigen Ermessen des jeweiligen Ministeriums.

10. Altersgrenze für Mitglieder des Überwachungsorgans

Nach Ziff. 5.2.2 PCGK soll eine angemessene Altersgrenze für die Mitglieder des Überwachungsorgans festgelegt werden.

Eine feste Altersgrenze für Mitglieder des Aufsichtsrates wurde nicht festgelegt. Diese ergibt sich jedoch mittelbar für die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates aus dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Beamtenverhältnis beziehungsweise für die übrigen Mitglieder aus der zeitlich befristeten Wahlperiode gem. § 8 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages des HMGU. Eine feste Altersgrenze wäre aber, in Anlehnung an den BGH, Urteil vom 23. April 2012 - II ZR 163/10, auch nicht mit § 7 Abs. 1 AGG vereinbar.

11. Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans

a) Ziff. 6.2.1 PCGK empfiehlt, die Gesamtvergütung jedes Mitglieds der Geschäftsleitung individualisiert, aufgeteilt nach erfolgsunabhängigen, erfolgsbezogenen und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung, unter Namensnennung in allgemein verständlicher Form im Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes darzustellen. Bei der Neu- oder Wiederbestellung von Mitgliedern der Geschäftsleitung hat das Überwachungsorgan für eine vertragliche Zustimmungserklärung dieser Mitglieder zur Offenlegung Sorge zu tragen.

Mitglieder der Geschäftsführung im Jahr 2020:

- Prof. Dr. med. Dr. h.c. Matthias H. Tschöp: wissenschaftlicher Geschäftsführer
- Kerstin Günther: Geschäftsführerin für die wissenschaftlich-technische Infrastruktur seit 01.04.2019 und ab 11.09.2019 auch kaufmännische Geschäftsführerin (kommissarisch); seit 01.04.2020 kaufmännisch technische Geschäftsführerin.

Die Vergütung der Geschäftsführer nach § 285 Nr. 9 HGB in 2020 ergibt sich im Einzelnen aus der nachfolgenden Tabelle:

in EUR	Festgehalt	Sonstige Bezüge	Summe
Prof. Dr. med. Dr. h.c. Matthias H. Tschöp	92.915	257.934	350.849
Kerstin Günther	81.480	120.625	202.105
Heinrich Baßler	14.406	16.082	30.488
Gesamt	188.801	394.641	583.442

Herr Heinrich Baßler war bis zum 06.09.2019 als kaufmännischer Geschäftsführer tätig. Im Zeitraum vom 07.09.2019 bis 28.02.2020 war Herr Heinrich Baßler als Arbeitnehmer unter Fortzahlung der Geschäftsführerbezüge beschäftigt. Dies ergibt sich aus dem zwischen dem HMGU und Herrn Heinrich Baßler am 03.09.2019 geschlossenen Aufhebungsvertrag.

In 2020 wurden Zahlungen an ehemalige Geschäftsführer sowie an deren Hinterbliebene in Höhe von TEUR 110 gezahlt. Für sie war eine Rückstellung für Versorgungsbezüge zum 31. Dezember 2020 von TEUR 1.958 passiviert. In den sonstigen Bezügen sind mangels Abschluss von Zielvereinbarungen (vgl. 4. c)) nicht durchweg leistungsbezogene Vergütungsbestandteile enthalten.

- b) Ziff. 6.2.2 PCGK empfiehlt, die Vergütung jedes Mitglieds des Überwachungsorgans im Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes darzustellen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig und haben für ihre Tätigkeit im Jahr 2020 vom HMGU keine Vergütung erhalten. Das HMGU hat ihnen auch keine Vergütungen für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gezahlt oder hierfür Vorteile gewährt. Sie erhielten lediglich einen Ersatz für Aufwendungen, die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied entstanden sind.

12. Veröffentlichungen

Nach Ziff. 6.3 sollen vom Unternehmen veröffentlichte Informationen, die das Unternehmen betreffen, auch über dessen Internetseite zugänglich sein. Hierzu zählen der Corporate Governance-Bericht und der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss sowie gegebenenfalls der Lagebericht.

Der PCGK-Bericht der Gesellschaft wird derzeit über den elektronischen Bundesanzeiger sowie über die Internetseite des HMGU veröffentlicht.

13. Wirtschaftsprüfer

Mit dem Abschlussprüfer soll vereinbart werden, dass festgestellte Tatsachen, welche die Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex ergeben, dem Überwachungsorgan berichtet werden (7.2.3 PCGK).

Die Wirtschaftsprüfer sind im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts zum 31.12.2020 nicht auf die abgegebene Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex eingegangen.

Mit Bezug auf 7.2.1 PCGK ist festzuhalten, dass die Unabhängigkeitserklärung erst nach Unterbreitung des Wahlvorschlags bzw. Beauftragung durch den Aufsichtsrat eingeholt wurde. Das Auftragsbestätigungsschreiben wurde jedoch mit dem Datum zum 03.03.2021 und somit nach der Unabhängigkeitserklärung abgegeben.